



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/62 - 15. März 1957

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 34831-33  
Fernschreiber 0836890

Ein trauriges Jubiläum	S. 1
Folgen der Rassentrennung in Südafrika	S. 5
Die Flucht aus der Zone	S. 6
Atomödenland Bundesrepublik	S. 7

---

## Die zwanzigste Liste mit Namen politischer Häftlinge in der Sowjetzone

Von Franz Neumann, MdB.

Vorsitzender des Landesverbandes der SPD, Berlin

Am 3. November des vergangenen Jahres begannen die Berliner Sozialdemokraten mit einer neuen Aktion zur Freilassung der im Osten hinter Zuchthausmauern schmachtenden politischen Gefangenen. Seit diesen Tage werden an jedem Wochenende den Berliner und Westdeutschen Zeitungen sowie interessierten Organisationen Listen mit den Namen von je 50 politischen Häftlingen übersandt. Auch Herr Otto Grotewohl und Herr Wilhelm Pieck in Berlin-Pankow haben diese Listen regelmässig zugeschickt bekommen.

Es ist ein trauriges Jubiläum, das wir in dieser Woche begehen. Die 20. Liste enthält die Namen politischer Gefangener von Nr. 951 bis Nr. 1000.

1000 Gefangene ! Das Schicksal jedes Einzelnen ist eine menschliche Tragik. Sie muss alle anspornen, für die Freilassung der unglücklichen Opfer zu kämpfen, die zum Teil über 10 Jahre auf ihre Freilassung warten.

Den Kommunisten sind diese Veröffentlichungen auf die Nerven gegangen. Wiederholt haben sie den Versuch unternommen, an einzelnen Beispielen die Unrichtigkeit der Angaben des Landesverbandes Berlin

der SPD festzustellen. Wir geben gern zu, dass in einigen Fällen in unseren Listen Namen von Gefangenen genannt wurden, die schon seit kurzer Zeit entlassen waren. Durch Verweigerung der Herausgabe von Ausweispapieren waren die betreffenden Personen meist an einen bestimmten Ort der Sowjetzone gebunden und standen unter so scharfer Beobachtung, dass sie keine Nachricht von Berlin von ihrer Freilassung geben konnten. Wir haben auch einige Male Strafanstalten angegeben, in denen die Betreffenden nicht mehr waren, weil sie inzwischen verlegt worden waren. So z.B. der frühere Schatzmeister der Berliner Freien Demokraten, der inzwischen von Bützow-Dreibergen in das Zuchthaus Luckau verlegt wurde. Nicht wir haben Schuld an derartigen unbedeutenden Ungenauigkeiten, sondern die Machthaber des Ostens, die wie in der Hitlerdiktatur keine Angaben über ihre politischen Gefangenen machen.

#### Kommunistisches Ablenkungsmanöver

Die kommunistische Presse hat am 9. März 1957 in einer ganzseitigen Aufmachung über die gefangenen Kommunisten in der Bundesrepublik berichtet. Man nennt 54 Namen politischer Gefangener in der Bundesrepublik. Es ist interessant, an Hand dieser Angaben Parallelen zwischen den Urteilen im Ost und im West zu ziehen. Von den von uns genannten 1000 politischen Häftlingen sind nach unserer Kenntnis 251 SMV-Verurteilte. Davon sind nach unserer Kenntnis bisher 72 entlassen. 185 sind durch deutsche Gerichte verurteilt, in der Zwischenzeit entlassen 22. Bei 564 ist uns das verurteilende Gericht nicht bekannt, von diesen sind 53 Gefangene entlassen. Die Urteile wurden in unseren Listen immer mitveröffentlicht. In 108 Fällen wurde eine lebenslängliche Strafe ausgesprochen; in 24 Fällen wurde Todesurteil verhängt. Davon wurden 7 zu lebenslänglicher Haft begnadigt, einer zu 20 Jahren, einer zu 15 Jahren und einer entlassen. 14 Fälle sind für uns ungeklärt. Die Gesamthöhe der Strafe der 1000 Fälle ergibt die riesige Zahl von 13.514 Jahren. In den Fällen der lebenslänglichen Haft haben wir bei unserer Statistik eine Strafhöhe von 25 Jahren zugrunde gelegt. Es ergibt sich also die erschreckende Tatsache, dass die im Osten aus politischen Gründen und von uns bis heute veröffentlichten 1000 Fälle eine Durchschnittsstrafe von 13 Jahren und 5 Monaten haben.

Wir enthalten uns jeden Kommentars und lassen im Vergleich die Angaben sprechen, die in "Neues Deutschland" vom 9.3.1957 enthalten

sind. In der Liste der 54 Namen gibt es 31 Verurteilte, die 25 Untersuchungshäftlinge muss man ja bei einer Berechnung ausschalten. Die 31 Verurteilten wurden zu 608 1/2 Monaten oder rd. 50 3/4 Jahren Strafe verurteilt. Das ergibt einen Schnitt der Verurteilung pro Person von 1 Jahr 7 Monaten. Der Höchstverurteilte dieser Liste ist ein 32 Jahre alter Kommunist, der 5 Jahre Strafhaft zu verbüßen hat. Die Kommunisten sprechen von diesen Gefangenen als Patrioten hinter Kerkermauern, deren Freiheit erzwungen werden muss. Im Unterschied zu den 1000 politischen Gefangenen in der Sowjetzone sind diese 31 Kommunisten in einem öffentlichen Verfahren mit einem Rechtsbeistand verurteilt worden. Sie glauben, auch an das Gefühl ihrer Leser appellieren zu können, in dem sie darauf hinweisen, dass unter den Gefangenen auch Väter sind, die "ihren Familien entrissen" wurden. Die Kommunisten sollten in ihrem Bereich erst jene Unmenschlichkeiten beseitigen, die aus den 13.514 Jahren Strafhaft der ersten 1000 von uns veröffentlichten Gefangenen sprechen. Uns liegen so viele Namen politischer Gefangener im Bereich der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands vor, dass wir nach dem vorliegenden Material bis weit in den Sommer hinein unsere Aktion fortsetzen müssen.

#### "Kriegsverbrecher" frei - Sozialdemokraten noch immer in Haft

Am 21. Juni 1956 veröffentlichte das "Presseamt beim Ministerpräsidenten" der sogen. DDR eine Mitteilung, in der es hieß: "Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat beschlossen, die Personen, die von sowjetischen Militärtribunalen oder deutschen Gerichten wegen Verbrechen, die mit dem Hitlerkrieg in Zusammenhang stehen, verurteilt worden sind, freizulassen. Darunter sind auch die von den sowjetischen Organen Übergabenen Kriegsverurteilten. Insgesamt wurden bis zum 19. Juni 1956 3308 Kriegsverurteilte freigelassen. In den Haftanstalten befinden sich nur noch 11 Kriegsverurteilte, die in Konzentrationslagern besonders schwerwiegende Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben".

Die sogenannten schweren Kriegsverbrecher, die SM2-Verurteilte waren, sind also freigelassen worden. Menschen, die sich gegen die Diktatur der kommunistischen SED aber gewehrt haben, beispielsweise nur eine Zeitung gelesen haben, sind heute noch hinter DDR-Kerkermauern.

Es wäre die Aufgabe der Bundesregierung, den Botschafter Dr. Haas in Moskau anzuweisen, über das Schicksal dieser SED-Verurteilten bei der Regierung der UdSSR vorstellig zu werden. In der gleichen Mitteilung am 21. Juni 1956 wurde noch gesagt, "dass 691 Personen, die früher oder jetzt der SPD angehörten, aus der Haft entlassen worden seien". Schon damals habe ich die Forderung aufgestellt, dass man doch einmal die Personalien dieser Entlassenen veröffentlichen sollte. Wir wissen, dass eine grosse Zahl von Menschen nur deswegen noch schmachten muß, weil sie ihrer sozialdemokratischen Überzeugung treu geblieben sind.

Am 4. Oktober 1956 veröffentlichte Hermann Matern in "Neues Deutschland" eine Erklärung zu der Übergabe einer Liste von 203 Gefangenen der Berliner SPD durch den Labour-Abgeordneten Parkin. Ich zitiere: "Ich verspreche der britischen Delegation daraufhin, die mir übergebene Liste mit den angeblich noch bei uns inhaftierten 32 Sozialdemokraten einer Prüfung unterziehen zu lassen. Bereits die erste Überprüfung ergab, dass von den angeblich 32 inhaftierten Sozialdemokraten in der DDR sich zehn in Freiheit befinden und ihrer gesellschaftlichen und erwerbsmässigen Tätigkeit nachgehen. Die anderen Namen werden noch geprüft und die Ergebnisse der SPD übermittelt". Inzwischen ist ein halbes Jahr ins Land gegangen und wir haben über das Ergebnis der Überprüfungen des Herrn Matern nicht gehört. Am 3. Oktober 1956 konnte man feststellen, dass von den 203 Gefangenen (in der Zahl waren 32 Sozialdemokraten enthalten) bereits 10 Sozialdemokraten entlassen waren. Was ist nun mit den 193 anderen Gefangenen dieser Liste bisher erfolgt? Herr Matern, wir warten auf Antwort! Wir erinnern insbesondere noch daran, dass der Mitarbeiter der Berliner Zeitung "Sozialdemokrat", Horst Vollrath, sich seit 1949 immer noch als Schwerkranker in Bautzen befindet.

Lasst die politischen Gefangenen frei!

Für uns, die wir in Freiheit leben, sind die vorgenannten erschütternden Zahlen die Verpflichtung, nicht zu erlassen, für die Befreiung der politischen Gefangenen noch mehr als bisher zu tun. Bei der sozialdemokratischen Forderung, in der Bundesrepublik eine politische Amnestie zu erlassen, verweist man auf die ordnungsgemäss durchgeführten Verfahren, was niemand bestreitet. Uns kommt es auf die

Opfer der kommunistischen Gewaltjustiz an. Die Bundesregierung sollte deshalb bei den wenigen politischen Gefangenen in ihrem Wirkungsbereich Gnade vor Recht ergehen lassen, um den tausenden Opfern in der sowjetisch besetzten Zone vielleicht die Befreiung zu bringen.

+ + +

### Vor Gott gilt keine Farbe

In Südafrika droht ein neuer schwerer Konflikt, diesmal zwischen der nationalistischen Regierung Strijdom und den Kirchen. Die Ursache ist die wahnsinnige Rassentrennungspolitik der Regierung, das Programm der "Apartheid". Dieses Programm treibt immer neue Blüten. Das neueste Gesetz, das der Minister für Eingeborenenangelegenheiten, Dr. Verwoerd, eingebracht hat, stellt alle Versammlungen, an denen Farbige teilnehmen, unter besondere Polizeikontrolle. Dabei hat sich herausgestellt, dass nach dem Wortlaut des Gesetzes - und auch nach der Absicht der Regierung - sogar Gottesdienste in Kirchen, wenn neben Weissen auch Eingeborene daran teilnehmen, nur mit besonderer behördlicher Bewilligung zulässig sind.

Gegen diese schmackvolle Vorschrift wenden sich jetzt die führenden Geistlichen der christlichen Kirchen, und zwar sowohl der Katholiken wie auch der meisten protestantischen Kirchen, der Anglikaner, der schottischen Presbyterianer und Baptisten. Nur die holländisch-reformierte Kirche, die mit der nationalistischen Bewegung eng verquickt ist, scheint noch keine Stellung dazu genommen zu haben. Die Bischöfe und Pfarrer erklären, dass vor Gott keine Farbe gelten darf. Viele kündigen an, dass sie lieber das Gesetz brechen und ins Gefängnis gehen werden, als Farbige, die an Gottesdienst teilnehmen wollen, davon auszuschliessen.

Der anglikanische Erzbischof von Kapstadt, der in der vorigen Woche starb, diktierte unmittelbar vor seinem Tode noch einen flammenden Aufruf gegen die Bestimmungen der Regierung. Er hat auch, wie wir berichtet haben, in seinem Testament angeordnet, dass seine Asche irgendwo verstreut werden soll, "wo es keine Rassenranken gibt".

Minister Verwoerd hat erklärt, wenn es weiter in "weissen" Kirchen eine offene Tür für Eingeborene gäbe, dann könnte dies die "nationalen

Interessen untergraben". Es sei auch notwendig, zu verhindern, dass "unter dem Deckmantel der Religion Propaganda gegen die Regierung gemacht wird".

Wie es beim Extremismus so oft geht, ruft er schliesslich seine eigene Opposition auf den Plan. In Südafrika der Buren und Engländer ist es den Eingeborenen immer recht schlecht gegangen. Aber erst die Politik der "Apartheid" hat daraus ein System gemacht und hat begonnen, das Gewissen vieler Weisser zu wecken. Wie auch in den Südstaaten der Vereinigten Staaten von Amerika, sind in der Praxis die christlichen Kirchen der Weissen und der Schwarzen ohnedies größtenteils gesondert: die Farbenschränke wirkt de facto, als gesellschaftliche Tatsache. Aber dadurch, dass die Nationalisten daraus ein Gesetz machen, dass sie jeden menschlichen Kontakt, selbst im Glauben an Gott, zwischen Weissen und Farbigen mit Gewalt verbieten und die christliche Nächstenliebe, wenn sie die Rassenschränke durchbricht, unter Strafe stellen wollen, haben sie das Gewissen derjenigen geweckt, die das Christentum ernstnehmen wollen.

Dass sich die Kirchen auf ihre Pflicht besinnen, ist gut. Eine andere Macht, die die Trennung nach Rassen ablehnt, ist die internationale sozialistische Arbeiterbewegung. Und dass sie es so hält, das gereicht ihr zur Ehre. (Aus "Die Arbeiterzeitung")

+        +        +

#### Grauen in Zahlen

Die vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung veröffentlichte Bevölkerungsbilanz der DDR ergibt folgendes Bild:

DDR-Bevölkerungsstand	
am 31.12.1948 (in Millionen)	19,068
Abwanderung aus Mittel-	
deutschland 1949 bis 1955	1,828
Sterbeüberschuss 1949 u. 1950	0,035
Geburtenüberschuss ab 1950	0,500
Rückwanderung aus West-	
berlin und Westdeutschland	0,180
Zuzug in die DDR aus dem	
Ostblock (Kriegsgef.usw.)	0,015
DDR-Bevölkerungsstand	
am 31.12.1955 (in Millionen)	17,900

Während sich die westdeutsche Bevölkerungsdichte dem Wert 210

nähert und damit in Europa nur noch von Holland, Belgien und England übertroffen wird, ist die der DDR von 167 (1948/49) auf 156 abgesunken, sie liegt aber noch immer erheblich über der des Jahres 1939 (141).

## Auswanderung aus der Zone

Jahr	Antragsteller im Notaufnahmeverf.	davon in Westberlin registriert absolut	%
1949/51	492 681	189 666	39
1952	182 393	128 906	77
1953	331 390	297 040	90
1954	184 196	94 317	51
1955	252 870	133 291	52

Den 1,444 Millionen Registrierten sind noch rd. 380 000 Flüchtlinge zuzurechnen, die Mitteldeutschland verlassen haben, ohne durch das Notaufnahmeverfahren zu gehen. Hinzu kommen noch die bis 1949 aus der DDR ins Bundesgebiet gelangten Flüchtlinge, die mit rund 800 000 Menschen geschätzt werden. Das sind zusammen rund 2 600 000 Flüchtlinge aus Mitteldeutschland.

Als Vertriebene sind ausserdem von 1945 bis etwa 1948 8 700 000 Menschen ins Bundesgebiet gekommen.

+ + +

Ist das noch Sicherheit ?

sy - Man weiss es die bundesrepublikanische Öffentlichkeit endgültig: auf dem Boden der Bundesrepublik sind "bereits seit einiger Zeit" Atombombenvorräte gelagert. Natürlich fehlen auch nicht die entsprechenden Flugzeuge, mit denen diese fürchterlichen Zerstörungsmittel befördert und am Zielort abgeworfen werden können. Diese schockierende Mitteilung verdankten wir dem Kommandanten der zweiten alliierten Luftflotte in der Bundesrepublik, dem britischen Luftmarschall Earl of Bandon. Holländische Presseleute vernahmen zuerst diese Neuigkeit, ergänzt durch die Ankündigung, dass auch die in Norddeutschland stationierten britischen Düsenbomber mit Atombomben ausgestattet werden sollen.

Noch ist nicht erkennbar, ob die Bundesregierung die Lagerung

SPD-Pressedienst

F/XII/62

- 3 -

15. März 1957

von Atombomben auf deutschem Boden ebenso als Vertrauensbeweis bewerten wird wie seinerzeit die Stationierung von Atomartillerie. Damals, vor etwa zwei Jahren, hatten die westeuropäischen Länder des Atlantikpaktes die Anschaffung dieser Waffen aus vielen Gründen abgelehnt - nur die Bundesregierung machte eine Ausnahme - sah und sieht sie doch darin ein wesentliches Mittel der Abschreckung eines möglichen Angriffes aus dem Osten. Dass die Sowjetunion inzwischen in dem Teil Deutschlands, der sich DDR nennt, nachgezogen hat, dürfte der Aufmerksamkeit westlicher Militärs gewiss nicht entgangen sein. Es braucht nicht einmal zu einem grossen Atomkrieg zu kommen, um Deutschland in ein atomares Trümmerfeld zu verwandeln - eine einzige Atomgranate entspricht etwa der Bombenlast von 1000 Flugzeugen des zweiten Weltkrieges.

Es bedarf nicht vieler Phantasie, sich vorzustellen, dass die Sowjetrussen nun ihrerseits auch den neuesten Vorsprung ihres Widerparts auf deutschem Boden durch die Lagerung von Atombomben zunichte machen werden. So kann sich unser gespaltenes Land rühmen, innerhalb seiner Grenzen die fürchterlichsten Zerstörungswaffen zu beherbergen. Dies hat wohl alles mit Selbsterstörung, aber keinesfalls mit erhöhter Sicherheit zu tun. Diese Sicherheit wandelt auf schmalen Graden.

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel